

STAND MONTAFON

NIEDERSCHRIFT

aufgenommen am 2. November 1993 im Sitzungssaal des Standes Montafon anlässlich der 19. Sitzung der Standesvertretung in der laufenden Legislaturperiode.

Aufgrund der Einladung vom 22. Oktober 1993 nehmen an der auf 14.00 Uhr einberufenen Sitzung teil:

Standesrepräsentant LAbg. Mag. Siegmund Stemer, St. Anton;
Bürgermeister Harald Wekerle, Schruns;
Bürgermeister Guntram Bitschnau, Tschagguns;
Bürgermeister Burkhard Wachter, Vandans;
Bürgermeister Martin Vallaster, Bartholomäberg;
Bürgermeister Willi Säly, Silbertal;
Bürgermeister Heinrich Sandrell, Gaschurn;
Bürgermeister Fritz Rudigier, St. Gallenkirch;
Bürgermeister Lothar Ladner, Lorüns;
Bürgermeister Bertram Luger, Stallehr;

Schriftführer: Standessekretär Mag. Johann Vallaster;

Der Vorsitzende eröffnet um 14.05 Uhr die Standessitzung, begrüßt die vollzählig anwesenden Standesvertreter und stellt gemäß Standesstatut die Beschlußfähigkeit fest.
Weiters begrüßt er Herrn Prof. Dipl.-Ing. Besch und Frau Dr. Ottilie Hutter, welche zu TO-Pkt. 1.) an der Sitzung teilnehmen.

Gegen die vorliegende Tagesordnung wird nach Umfrage kein Einwand erhoben, zur Behandlung steht somit nachstehende

TAGESORDNUNG

1. Zwischenbericht zum Angebotskonzept ÖPNV Montafon von Prof. Dipl. Ing. Besch;
2. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung vom 14.9.1993;
3. Berichte des Vorsitzenden;
4. Verwertung des Ferienhauses von Dr. Zurkirchen in Bartholomäberg;

5. Förderungsansuchen der Volkshochschule Bludenz für Veranstaltungsjahr 1993/94;

6. Freigabe einer weiteren Akontozahlung an Standesgemeinden für Ausgaben zur Errichtung von Radwegen;

7. Allfälliges;

-2-

Erledigung der Tagesordnung:

Pkt. 1.)

Prof. Besch übergibt den Anwesenden das überarbeitete Angebotskonzept für ein neues Liniennetz auf der Strecke Schruns in die Innerfratte, welches auch als Diskussionsgrundlage für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 4. November 1993 dienen soll.

Prof. Besch erläutert in kurzen Zügen das vorliegende Angebotskonzept, welches im wesentlichen für den Sommerfahrplan auf der Strecke Schruns-Partenen von Montag bis Freitag 22 Kurspaare im Stundentakt im Einschüben zur halben Stunde für die Spitzenzeiten (bisher 10 Kurspaare in Hochsaison) sowie am Samstag, 17 Kurspaare und für den Sonntagfahrplan 13 Kurspaare vorsieht.

Im Winterfahrplan ist von Montag bis Sonntag ein 30-Minuten-Takt mit Einschüben zur Viertelstunde während den Stoßzeiten für Schifahrer geplant, welches insgesamt 32 Kurspaare (derzeit 20 Kurspaare in Hochsaison) ergibt. Verschiedene offene Fragen bezüglich Schikursen, Mitfinanzierung FLD für Schülertransporte, Fahrplan Bielerhöhe-Kops etc. bedürfen noch weitergehender Abklärungen.

Von Prof. Besch wird auf Grund von Erfahrungen in anderen Regionen zur Erzielung einer entsprechenden Akzeptanz durch die Kunden ein Fahrplan im Stundentakt als unterste Grenze angesehen.

Prof. Besch übergibt den Anwesenden weiters das Konzept eines Finanzierungsplanes, nach welchem nach jetzigem Informationsstand von den ungedeckten Betriebskosten in Höhe von S 8 Mio. nach Abzug von Beiträgen der Bergbahnen und öffentlichen Förderungen eine Restfinanzierung von S 2,9 Mio. aufzubringen ist. Dieser Betrag könnte nach Vorschlag von Prof. Besch durch den geplanten Zuschlag zur Mineralölsteuer (S 1 Mio.), die Anhebung der Kurtaxe um S 1,- (S 1 Mio.) und Beiträge der betroffenen Gemeinden in Höhe von S 0,9 Mio. gedeckt werden.

Vom Landesrepräsentanten wird dazu über die in den vergangenen Monaten im Verkehrsausschuß unter der Leitung von Dkfm. Jürgen Piske stattgefundenen Beratungen berichtet. Grundsätzlich wird festgestellt, daß als erster Schritt zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes in der Talschaft die größten Mängel der Verbindungen in das Innermontafon behoben werden müssen. Dazu ist neben der Koordination der Angebote von Post, Schibus, Werksverkehr und Schülerverkehr eine Attraktivitätssteigerung durch ein zusätzliches Angebot dringend erforderlich. Weiters sind für die Tagesrand- und Abendstunden Verbesserungen insbesondere für die Zeit nach 19.00 Uhr nötig, da nach diesem Zeitpunkt kein öffentliches Verkehrsmittel in das Innermontafon verkehrt. Das Angebot der Montafonerbahn, welche fast durchwegs im Halbstundentakt auf der Strecke Schruns-Bludenz verkehrt, wird als durchwegs zufriedenstellend beurteilt.

Im Rahmen der sehr ausführlichen Diskussion wird von den Bürgermeister Rudigier und Sandrell auf verschiedene Probleme hingewiesen, wobei vor allem die Umsteigezeiten im Bahnhof Schruns unter Hinweis auf Reaktionen aus der Bevölkerung als zu kurz eingestuft werden. Es wird auch verwiesen, daß der Abendkurs nach 19.00 Uhr großteils eine sehr schlechte Auslastung aufweist.

Zur kostenlosen Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel durch Gäste äußern sich die Bürgermeister eher skeptisch, Probleme werden auch hinsichtlich der Kontrolle durch die Post im Zusammenhang mit der Gästekarte gesehen. Die vorgeschlagene zweckgebundene Erhöhung der Kurtaxe von ca. S 1,- wird in Anbetracht der derzeitigen Wirtschaftssituation als kaum durchsetzbar beurteilt, gleichfalls liegen hinsichtlich der Kostenaufteilung zwischen den Gemeinden derzeit noch keine konkreten Vorstellungen vor.

Da sich die recht ausführliche Diskussion vielfach in erster Linie mit den Fragen der Finanzierung und Aufbringung der nötigen Mittel durch die Gemeinden befaßt, wird vom Vorsitzenden der dringende Appell an die Landesvertretung gerichtet, im Sinne des bereits vorliegenden Konzeptes und der bisherigen Beratungen im Verkehrsausschuß sich mit den grundsätzlichen Zielsetzungen zur Neuorientierung des öffentlichen Verkehrsangebotes in der Talschaft zu befassen. Es wird einhellig festgestellt, daß ohne entsprechendes Angebot und die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs eine Verlagerung vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr nicht möglich ist und sich die Landesvertretung daher grundsätzlich zu den vorliegenden Zielsetzungen bekennt. Es wird festgestellt, daß vielfach die nötige Information aus den früheren Beratungen in den Gemeinden noch nicht vorliegt, weshalb in den kommenden Wochen die Gemeindevertretungen von Gaschurn und St. Gallenkirch durch das Planungsbüro Besch umfassend über das Angebotskonzept informiert werden sollen.

Anschließend werden die weiteren Abklärungen bezüglich Finanzierung vorgenommen, wobei im Rahmen eines künftigen Montafoner Verkehrsverbundes grundsätzlich eine Sockelfinanzierung über den Stand Montafon vorstellbar ist. Konkrete Entscheidungen und Beschlüsse diesbezüglich können jedoch erst nach Vorliegen des definitiven Angebotskonzeptes wie auch den weiteren Entscheidungen von Bund und Land bezüglich Förderungsmitel getroffen werden.

Als realistischer Zeitpunkt für die Einführung eines neuen Angebotskonzeptes wird das Frühjahr 1995 genannt.

Um 15.20 Uhr verabschiedet der Vorsitzende Herrn Prof. Besch und Frau Dr. Hutter mit einem herzlichen Dank für Ihre bisherigen Arbeiten und die heutige sachliche Information der Landesvertretung.

Pkt. 2.)

Die Niederschrift über die 18. Sitzung der Landesvertretung vom 14. September 1993, welche allen Landesvertretern zugegangen ist, wird über Antrag des Vorsitzenden in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt und unterfertigt.

Pkt. 3. - Berichte des Vorsitzenden:

a) Die Ergebnisse der Viehprämierungen am 16. Oktober in Schruns und St. Gallenkirch und am 30. Oktober in Bartholomäberg werden bekanntgegeben. In Schruns konnte die Wanderglocke für die Altkuh an Fitsch Josef und für die Erstmelke an Wachter Hermann in Tschagguns überreicht werden.

-4-

b) Die in den vergangenen Wochen stattgefundene Betriebsprüfung durch die Vorarlberger Gebietskrankenkasse hat beim Stand Montafon keine Beanstandungen ergeben, beim Forstfonds erfolgen einige kleinere Nachverrechnungen im Zusammenhang mit der Überstundenabgeltung bei Forstarbeitern zum Zeitpunkt des Ausscheidens (Überschreitung der Höchstbemessungsgrundlage).

c) Zum Projekt des Wohnheimes in Vandans der Caritas für behinderte Mitmenschen wird nach Rücksprache mit der Abteilung für Soziales und Gesundheit der Landesregierung berichtet, daß

für das Wohnheim in Vandans ein dringender Bedarf aus der Region gegeben war;

zum Kaufpreis von S 6,4 Mio. der Caritas ein Landesbeitrag von S 2,7 Mio. gewährt

wurde;

der laufende Aufwand und Betriebskosten durch gesetzliche Leistungen und Eigenleistungen der Behinderten gedeckt ist;

von der Caritas somit für dieses Projekt bisher S 3,7 Mio. an Eigenleistungen zuzüglich kleinerer Adaptierungsarbeiten aufgebracht wurden;

Der Vorsitzende schlägt vor, der Caritas im Sinne des bereits bei der vergangenen Sitzung behandelten Ansuchens einen einmaligen Investitionszuschuß zu gewähren, wobei von ihm ein Betrag von S 100.000 vorgeschlagen wird. Von der Landesvertretung wird diesem Vorschlag grundsätzlich die Zustimmung erteilt, allerdings sind seitens der Caritas die bereits angeforderten weitergehenden Informationen hinsichtlich deren Finanzierungskonzept vorzulegen.

d) Für den Raum Bludenz hat am 1. Oktober der Notarzdienst den Betrieb aufgenommen, für welchen derzeit ein speziell ausgebildeter Arzt im Krankenhaus Bludenz eingesetzt ist. Ein zweiter Notarzt soll mit 1. Dezember den Dienst antreten. Über die weitere Koordination und die Zusammenarbeit mit dem Notarzbereich für das Montafon finden noch im November über Einladung von Bezirkshauptmann Dr. Walser unter Einbindung der Gemeinden und der Ärzteschaft des Montafons die weiteren Abklärungen statt.

Zu den vorliegenden Forderungen der Ärzteschaft nach zusätzlicher Abgeltung für die Mitwirkung im Notarzdienst werden mehrfach kritische Stimmen erhoben, zumal zumindest für Gemeindeärzte bereits finanzielle Leistungen im Rahmen der Gemeindearztverträge erbracht werden. Dazu wird bekanntgegeben, daß aufgrund den bisherigen Verhandlungen die konkreten Forderungen der Montafoner Ärzte von der Gebietskrankenkasse wie auch der Ärztekammer unter dem Hinweis auf Folgewirkungen in anderen Landesteilen negativ beurteilt werden.

Pkt. 4.)

Zur Verwertung des Ferienhauses von Dr. Josef Zurkirchen, welches als Vermächtnis in den Besitz des Landes Montafon mit der Auflage zur Verwendung der Erträge für Zwecke des Heimatmuseums übergeht, wird über die eingeholte Verkehrs- und Ertragswertschätzung

mit einem Schätzwert von S 1,29 Mio. berichtet.

-5-

Die Landesvertretung spricht sich für einen Verkauf des Objektes aus, wobei die künftigen Zinserträge aus dem Verkaufserlös für laufende Investitionen und Instandhaltungen des Montafoner Heimatmuseums Verwendung finden sollen.

Bgm. Vallaster spricht sich in diesem Zusammenhang für eine Berücksichtigung von einheimischen Interessenten aus, welche bereits Interesse an diesem Objekt zur Verwendung als Dauerwohnsitz bekundet haben.

Die Landesverwaltung wird einstimmig beauftragt, eine öffentliche Ausschreibung in den Vorarlberger Tageszeitungen vorzunehmen. Die endgültige Entscheidung über den Verkauf erfolgt nach Vorliegen der Angebote durch die Landesvertretung.

Pkt. 5.)

Das Förderungsansuchen der Volkshochschule Bludenz um Gewährung einer Förderung für das Veranstaltungsjahr 1993/94 wird im Sinne der bisherigen Unterstützungen dahingehend erledigt, daß einstimmig ein Förderungsbeitrag in Höhe von S 25.000 bewilligt wird. Nachdem im Februar d.J. der Förderungsbeitrag für das abgelaufene Jahr ausbezahlt wurde, kann der Förderungsbeitrag für das laufende Veranstaltungsjahr erst im Rahmen des Budgets 1994 zur Auszahlung gelangen.

Pkt. 6.)

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß von der Vorarlberger Illwerke über Ersuchen des Landes Montafon eine weitere Rate in Höhe von S 500.000,-- als Akontozahlung für das Montafoner Radwegenetz bereits zur Verfügung gestellt wurde. Nachdem von mehreren Gemeinden auch im laufenden Jahr weitere Investitionen zur Realisierung von Teilstücken

eines durchgehenden Montafoner Radwegenetzes getätigt wurden, wird vom Standessekretär ein Vorschlag für eine weitere Akontozahlung an die Gemeinden Schruns, Vandans, Tschagguns und St. Gallenkirch vorgelegt. Als Grundlage für die weitere Akontozahlung wird der von der Raumplanungsabteilung der Landesregierung bisher anerkannte Nettoaufwand für getätigte Investitionen herangezogen.

Bgm. Sandrell weist darauf hin, daß von der Gemeinde Gaschurn für den Bereich Außerbach Ausgaben in Höhe von ca. S 1,3 Mio. getätigt wurden, welche in den nächsten Tagen der Landesregierung zur Förderung vorgelegt werden. Er ersucht daher auch die Gemeinde Gaschurn bei der weiteren Akontozahlung zu berücksichtigen.

Die Landesvertretung spricht sich einhellig für den vorliegenden Vorschlag unter Einbeziehung der Ausgaben der Gemeinde Gaschurn aus. Die Landesverwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der aktualisierten Nettoaufwände die Auszahlung einer weiteren Akontozahlung im Sinne des vorgelegten Aufteilungsmodus noch im laufenden Kalenderjahr vorzunehmen.

Zur Schließung der noch offenen Lücken des Montafoner Radwegenetzes wird vom Vorsitzenden ein ausführlicher Bericht über den aktuellen Stand der Verhandlungen und Abklärungen durch die zuständige Abteilung der Landesregierung erteilt.

-6-

Zur künftigen Mitfinanzierungen durch den Bund für Radwege im Bereich von Bundesstraßen wird bekanntgegeben, daß aufgrund von budgetären Einschränkungen des Bundes künftig eine Obergrenze von S 1,5 Mio/km Radweg der Förderung zugrunde gelegt wird, sodaß auch für derartige Radwegabschnitte höhere Beiträge durch Land und Gemeinden aufzubringen sein werden.

Für den Teilabschnitt Landbrücke bis Gortnieltunnel sollen in den nächsten Wochen die

weiteren Schritte für eine Realisierung auf der ehemaligen Bahntrasse im Gemeindegebiet Tschagguns abgeklärt werden, zumal für eine Radwegführung auf Schrunser Gemeindegebiet infolge der mit Sicherungsmaßnahmen (lt. geologischem Gutachten) verbundenen Kosten und die damit zusammenhängende Haftungsübernahme durch die Gemeinde Schruns von der Gemeindevertretung eine ablehnende Stellungnahme abgegeben wurde.

Die Asphaltierung weiterer Teilstücke im Bereich der Sportanlagen in Vandans und des Abschnittes Poly bis Bahnhof Kaltenbrunnen wird von der Abteilung in der Landesregierung positiv befürwortet.

Für den Abschnitt Gortniel-Tunnel bis Zufahrt Valiserabahnparkplatz liegt eine Grundsatzzusage des Bundes bereits vor, die Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern sind bereits größtenteils abgeschlossen.

Im Bereich Gaschurn ist die Weiterführung des Radweges im Zuge des weiteren Ausbaues der Ortsumfahrung Gaschurn geplant. Diesbezüglich liegt bereits ein Vorprojekt mit einer Länge von ca. 880 lfm und geschätzten Baukosten von 2,5 Mio. S vor.

Pkt. 7. - Allfälliges:)

a) Bgm. Sandrell stellt unter Hinweis auf die in der neuen Vorarlberger Tageszeitung erfolgte Mitteilung vom 30. Oktober betreffend die Solidaritätsaktion für Bezirkshauptmann Dr. Walser fest, daß die vorliegende Pressemitteilungen ohne Rücksprache mit ihm erfolgt ist und in der dargestellten Form von ihm nicht unwidersprochen zur Kenntnis genommen werden kann.

Die von Clubobmann Stadler über die Medien erfolgte Vorverurteilung von Bezirkshauptmann Dr. Walser im Zusammenhang mit dem "Zürser-Modell" wird von allen Standesbürgermeistern einhellig abgelehnt und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich Bezirkshauptmann Dr. Walser laufend für verschiedenste Belange der Gemeinden intensiv einsetzt und seine fachliche Unterstützung zur Verfügung stellt und somit ein ausgesprochen gutes und sachliches Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Behörde gegeben ist.

Bgm. Sandrell schlägt eine Vorsprache einiger Bürgermeister bei Landesrat Gorbach vor, bei welcher verschiedene Fragen in Sachen Raumplanung, Straßenbau etc.

abgeklärt werden sollen.

b) Bgm. Wachter weist auf die Unsicherheiten bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 1994 hin, welche im Zusammenhang mit der Steuerreform und dem dadurch bedingten Einnahmefall in den Gemeinden gegeben sind. Er schlägt daher eine Diskussion im Rahmen des Standes Montafon zu diesem Sachverhalt vor.

-7-

Vom Vorsitzenden wird dazu bekanntgegeben, daß die weiteren Verhandlungen im Rahmen des Finanzausschusses des Nationalrates am 4. November stattfinden, weitere Verhandlungen der Finanzausgleichspartner und Vorsprachen von Städte- und Gemeindebund bei Finanzminister Dr. Lacina bevorstehen, sodaß vorerst von einer Besprechung zu diesem Sachverhalt keine neuen Erkenntnisse erwartet werden können. Dazu wird von ihm weiters bekanntgegeben, daß in wiederholten Gesprächen auf die besondere Situation der Kraftwerksgemeinden hingewiesen wurde. Von Landesrat Lins ist beabsichtigt, unverzüglich nach Vorliegen der Beratungsergebnisse und Entscheidungen des Bundes die Gemeinden über die Grundzüge für die Budgetierung 1994 zu informieren.

c) Bgm. Bitschnau stellt fest, daß das bereits seit Jahren installierte Brückenprovisorium in Lorüns als Blamage für die Talschaft zu beurteilen ist und seitens des Standes Montafon vermehrter Druck bei den zuständigen Landesstellen gemacht werden muß. Von ihm wird als nicht einsichtig beurteilt, weshalb die Erstellung einer neuen Brücke nicht möglich sein sollte, zumal in der Arlbergregion laufend Baumaßnahmen getätigt werden. Die Realisierung dieser Brücke muß auch ohne Entscheidung über Verkehrsentslastungsmaßnahmen von Lorüns möglich sein, zumal davon lediglich ca. 200 Einwohner in der Gemeinde Lorüns betroffen sind.

Vom Standesrepräsentant werden die Äußerungen in der vorliegenden Form zurückgewiesen und eine Ausspielung von Ortsteilen aufgrund den Zahlen der betroffenen Anrainer an der Bundesstraße als unfair beurteilt. Es wird darauf verwiesen, daß ein

Brückenbau bisher an der fehlenden Zustimmung der Gemeinde Lorüns gescheitert ist, welches in Anbetracht der Verkehrsbelastungen jedoch als verständliche Maßnahme einzustufen und auch sachlich ein enger Zusammenhang zwischen Ortsentlastung Lorüns und Brückenneubau gegeben ist. Der Vorsitzende, wie auch Bgm. Ladner berichten über jüngste Gespräche mit LR Gorbach, welcher die Durchführung der weiteren Detailplanungen bis Jahresende in Auftrag gegeben hat, sodaß im Frühjahr 1994 das Behördenverfahren in die Wege geleitet werden kann. Bgm. Ladner weist die Äußerungen von Bgm. Bitschnau mit der Feststellung schärfstens zurück, daß von der Gemeinde Lorüns für einen Brückenneubau, welcher in das Konzept eines künftigen Projektes zur Verkehrsentslastung paßt, unverzüglich nach Vorliegen desselben die Zustimmung zur Neuerrichtung der Brücke erwartet werden darf.

d) Unter Hinweis auf die Informationsveranstaltung mit den Montafoner Gemeindevorständen vom Juli wird vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß zwischenzeitlich im Sinne der damaligen Beratungen gemeinsam mit dem Architektenehepaar Schwärzler-Ganahl weitere Überlegungen zur Realisierung eines neuen Betriebs- und Verwaltungsgebäudes für den Stand Montafon angestellt wurden. In diesem Konzept ist der Tourismusverband Montafon nicht mehr eingebunden, sodaß die damals geforderte Reduktion des Umfanges von ca. 20% erreicht werden konnte. Anhand den vorliegenden Grundriß- und Ansichtsplänen wird vom Vorsitzenden das neue Konzept ausführlich erläutert, für welches nun mit Gesamtkosten von S 25 Mio. zu rechnen ist. Dazu wird auch die neue Finanzierungsmöglichkeit vorgestellt, für welche nun bei Einsatz von Eigenmitteln in Höhe von S 11 Mio. ein jährlicher Betrag von ca. S 500.000 für einen Zeitraum von 20 Jahren durch den Forstfonds aufzubringen ist. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Realisierung des nun vorliegenden Konzeptes bei Beibehaltung der bisherigen Leistungen durch die Forstfondsgemeinden für die Waldsanierung in Höhe von S 1 Mio. ohne zusätzliche Belastungen

der Gemeinden möglich ist. Das jetzige Standesgebäude soll nach Möglichkeit vermietet werden und die daraus erzielten Mieterträge als Anteil des 10-gliedrigen Standes in den Forstfonds eingebracht werden.

Gegen die Aufbringung eines Sockelbetrages von ca. S 150.000 im Rahmen der Standesumlage durch die 10 Gemeinden werden grundsätzlich keine Bedenken geäußert. Die endgültige Entscheidung über die Nutzung des jetzigen Standesgebäudes bzw. einen allfälligen Verkauf soll in späteren Beratungen getroffen werden.

Der Vorsitzende stellt fest, daß das nun vorliegende Konzept den gestellten Anforderungen entspricht und auch aus architektonischer Beurteilung lt. ausdrücklicher Aussage des Architektenehepaares keine unvertretbaren Abstriche gemacht werden mußten.

Im Verlaufe der sehr ausführlichen und sachlichen Diskussion wird eine Realisierung des vorliegenden Konzeptes von allen Standesvertretern positiv und für bald realisierbar beurteilt.

Den Standesgemeinden werden in den nächsten Tagen zur Beratung in den örtlichen Gremien die Planunterlagen mit Finanzierungsplan zur Verfügung gestellt, wobei der Vorsitzende ersucht, nach Möglichkeit bis Ende November bzw. anfangs Dezember diese Information vorzunehmen. Anschließend soll über die Wintermonate die Eingabepflicht fertiggestellt und das Behördenverfahren durchgeführt werden, sodaß ein Baubeginn im Frühjahr 1994 für realistisch angesehen wird.

Zur Anfrage der Unterbringung der nötigen Räumlichkeiten in der Materialprüfanstalt der Vorarlberger Illwerke AG an der Umfahrungsstraße wird vom Vorsitzenden berichtet, daß diesbezüglich über Ansuchen des Standes Montafon eine grundsätzliche Prüfung durch die Illwerke stattgefunden hat. Diese Möglichkeit wäre jedoch lediglich vorübergehend und gegen Leistung eines entsprechenden Mietzinses gegeben, wobei von Bgm. Wekerle aus Sicht der Marktgemeinde Schruns diese Variante negativ beurteilt wird.

Mit dem ausdrücklichen Dank an die Kollegen Bürgermeister für die positive Haltung zum vorliegenden Zukunftsprojekt für die künftige Unterbringung der Standesverwaltung

schließt der Vorsitzende um 17.25 Uhr die Sitzung.

Schruns, am 3. November 1993

Schriftführer:

Die Landesvertretung